

Markus Wilp

Machtwechsel in Den Haag: Die politischen Geschehnisse des Jahres 2010 im Überblick

AM 9. JUNI 2010 haben die Niederländer ein neues Parlament gewählt. Es handelte sich, da zum dritten Mal ein Kabinett unter Leitung des Christdemokraten Jan Peter Balkenende vorzeitig zerbrochen war, um die vierte Wahl innerhalb eines Zeitraumes von nur etwa acht Jahren. Ebenso wie die vorherigen Abstimmungen kann auch die Wahl des Jahres 2010 erneut als politisches Erdbeben bezeichnet werden, durch das die politischen Kräfteverhältnisse wiederum kräftig durcheinandergewirbelt wurden. Der *Christen-Democratisch Appèl* (CDA) musste eine Niederlage historischen Ausmaßes hinnehmen, die unter anderem die Amtszeit des seit 2002 amtierenden Ministerpräsidenten Balkenende beendete. Dessen Nachfolger ist seit Herbst 2010 Mark Rutte von der konservativ-liberalen *Volkspartij voor Vrijheid en Democratie* (VVD), die nach einem spektakulären Höhenflug in den Monaten vor der Wahl nun zum ersten Mal in ihrer über sechzigjährigen Geschichte die stärkste Fraktion im niederländischen Parlament stellt. Weitaus mehr Aufmerksamkeit als die Niederlage des CDA und der Erfolg der VVD richtete sich im In- und vor allem im Ausland jedoch auf das Ergebnis einer anderen Gruppierung: Die *Partij voor de Vrijheid* (PVV) mit ihrem Protagonisten Geert Wilders erhielt 15,5 Prozent der Stimmen und wurde somit zur drittstärksten Kraft in der niederländischen Politik. Das große Echo, das dieses Resultat hervorrief, erklärt sich dadurch, dass Wilders in den politischen Diskussionen der letzten Jahre immer wieder mit polarisierenden Inhalten, insbesondere mit seiner überaus kritischen Haltung zum Islam, auf sich aufmerksam gemacht hat. Vor diesem Hintergrund wird der Umstand, dass die PVV nach einer überaus komplizierten und langwierigen Koalitionsbildung die neue Minderheitsregierung aus VVD und CDA durch eine Duldungsvereinbarung unterstützt, in vielen Kommentaren kritisiert, und es wird mit Sorge beobachtet, welche Folgen diese Konstruktion für die Ausrichtung der niederländischen Politik hat. Im Rahmen des folgenden Beitrags soll ein Überblick über wichtige politische Entwicklungen des Jahres 2010 vermittelt werden. Im Rahmen der Schlussbetrachtung wird zudem kurz auf die mittlerweile kontinuierliche Diskontinuität in der niederländischen Politik eingegangen.

Der Sturz des Kabinetts Balkenende IV

Bei der Wahl vom 22. November 2006 erhielt keine der im Wahlkampf vorgestellten Wunschkoalitionen eine Mehrheit, was zu schwierigen Koalitionsverhandlungen führte.¹ Im Februar 2007 nahm letztlich eine Regierung aus dem christdemokratischen CDA, der sozialdemokratischen *Partij van de Arbeid* (PvdA) und der orthodox-protestantischen *ChristenUnie* (CU) ihre Arbeit auf. Allen Beobachtern war klar, dass es sich bei dieser Koalition nicht um eine »Liebesheirat«, sondern um ein Zweckbündnis handelte.² Die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionspartnern erwies sich dann auch rasch als schwierig – man musste nicht nur mit externen Herausforderungen wie der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise umgehen, sondern auch mit vielen internen Unstimmigkeiten, die mehrfach in mühsam ausgehandelten Kompromissen mündeten. Beispiele hierfür waren die Diskussionen über ein neues Referendum zum Vertrag von Lissabon, über eine Modifikation des Kündigungsschutzes, über die Anschaffung neuer Kampfflugzeuge, über die Möglichkeiten zur Untersuchung von Embryonen und über die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Unter anderem vor dem Hintergrund dieser Kontroversen wurde die Arbeit der Regierung von den Bürgern rasch kritisch bewertet, insbesondere die PvdA erzielte in Umfragen über lange Zeit schlechte Ergebnisse und musste auch bei der Europawahl 2009 eine herbe Niederlage hinnehmen.³

Eine Folge der vorhandenen Probleme bestand in Spekulationen über ein vorzeitiges Ende der Regierung, die ihre Grundlage auch darin hatten, dass die persönlichen Beziehungen zwischen den Hauptakteuren der Regierung – insbesondere zwischen Ministerpräsident Balkenende und seinem Stellvertreter Wouter Bos (PvdA) – als schwierig eingeschätzt wurden. Zu einer Zuspitzung der Situation kam es Anfang 2010, als die Ergebnisse der Kommission Davids, die die politische Unterstützung der niederländischen Regierung für den Krieg im Irak im Jahr 2003 untersucht hatte, bekannt wurden. Wichtige Ergebnisse der Kommissionsarbeit bestanden darin, dass die völkerrechtliche Grundlage des militärischen Einsatzes angezweifelt, die Information des Parlaments durch die damalige Regierung kritisiert und die Art und Weise, mit der der zu dieser Zeit bereits amtierende

- 1 Die Wahl 2006 wird ausführlich analysiert in: F. BECKER/R. CUPERUS (Hrsg.), *Verloren slag. De PvdA en de verkiezingen van november 2006*, Amsterdam 2007; K. AARTS/H. VAN DER KOLK/M. ROSEMA (Hrsg.), *Een verdeeld Electoraat. De Tweede Kamerverkiezingen van 2006*, Utrecht 2007; F. BECKER/R. CUPERUS, *Die Wahlen am 22. November 2006 und die Unruhe in der niederländischen Wählerschaft*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien* 17 (2006), S. 83–100; P. LUCARDIE, *Twee in, dertien uit. Electoraal success en falen van nieuwe partijen in 2006*, in: DNPP (Hrsg.), *Jaarboek 2006*, Groningen o. J., S. 154–174.
- 2 Die Koalitionsvereinbarung der Regierung Balkenende IV, Informationen zum Verlauf der Regierungsbildung und Erläuterungen zu den Kabinettsmitgliedern finden sich in: RIJKSVOORLICHTINGSDIENST, *Het kabinet Balkenende IV: Samen werken, samen leven*, Den Haag 2007.
- 3 Die PvdA erhielt bei dieser Wahl nur rund zwölf Prozent der Stimmen, gegenüber der Europawahl im Jahr 2004 (23,6 Prozent) hatte sich der Stimmenanteil der Sozialdemokraten somit etwa halbiert.

Ministerpräsident Balkenende in dieser Angelegenheit agiert hatte, beanstandet wurden.⁴ Balkenende reagierte auf die Anmerkungen der Kommission sehr schnell und nur bedingt einsichtig, was nicht nur zu Kritik bei den Oppositionsparteien, sondern auch innerhalb der Koalition zu großen Unstimmigkeiten führte, die nur mühsam ausgeräumt werden konnten. Ein wichtiger Hintergrund hierfür bestand darin, dass sich die PvdA im Jahr 2003 energisch gegen die Unterstützung des Militäreinsatzes ausgesprochen hatte und sie sich nun durch die Ergebnisse der Kommissionsarbeit in ihrer damaligen Haltung bestätigt sah. Die bestehenden Probleme zwischen den Koalitionspartnern wurden durch diese Angelegenheit nochmals vertieft.

Auslöser für den vorzeitigen Bruch der Regierung war letztlich die Frage, ob niederländische Truppen weiter in der afghanischen Provinz Uruzgan aktiv sein sollen. Im Rahmen dieses Einsatzes, der 2006 begonnen wurde und der politisch über Jahre umstritten war, versuchten die niederländischen Soldaten zur Sicherheit und Stabilität in dieser südafghanischen Provinz beizutragen. Bei der Verlängerung für den Zeitraum 2008 bis 2010 war festgehalten worden, dass der Einsatz 2010 definitiv enden sollte. Zu Beginn des Jahres 2010 stellte sich nun die Frage, ob dieser Beschluss in Anbetracht der erzielten Erfolge, der trotzdem weiterhin vorhandenen Problematiken und des internationalen Druck beibehalten werden sollte. CDA und CU wollten eine Verlängerung erörtern – ein Ansinnen, das die PvdA nach den schweren Kompromissen der vorangegangenen Jahre rigoros ablehnte.⁵ Letztlich konnte keine neuerliche Einigung mehr erzielt werden, woraufhin die Regierung am 20. Februar 2010, beinahe auf den Tag genau drei Jahre nach ihrem Amtsantritt, endgültig zerbrach.

Der Wahlkampf

Am 3. März 2010 und damit nur wenige Wochen nach dem Sturz der Regierung fanden in den Niederlanden Kommunalwahlen statt, aus denen die PvdA mit deutlichen Verlusten herausging. Auch die *Socialistische Partij* (SP) und der CDA mussten gegenüber den Gemeinderatswahlen im Jahr 2006 Einbußen hinnehmen. Kräftige Zugewinne feierte hingegen die wiedererstarke D66 (*Democraten 66*)

4 Zur Arbeit der Kommission siehe: W.J.M. DAVIDS u.a., *Rapport commissie van onderzoek besluitvorming Irak*, Amsterdam 2010; M. SCHWEGMAN, *In een achterkamer zoeken naar de waarheid. Terugblik op het Irakonderzoek door een lid van de commissie-Davids*, in: CPG (Hrsg.), *Jaarboek Parlementaire Geschiedenis 2010: Waarheidsvinding en waarheidsbeleving*, Amsterdam 2010, S. 87–93.

5 Die über diese Frage am 18. Februar 2010 in der Zweiten Kammer geführte Debatte, in deren Verlauf die Konflikte zwischen den Regierungsparteien klar sichtbar wurden, kann nachvollzogen werden bei: M. LEENDERS, *Rauwheid en formalisme. Het spoeddebat over de politieke situatie rondom de besluitvorming Uruzgan (18. Februar 2010)*, in: CPG (wie Anm. 4), S. 97–III. Der Bruch der Regierung wird im Rahmen dieses Jahrbuches von Johanna Holthausen ausführlich analysiert.

und auch die VVD konnte sich über einen leichten Stimmenzuwachs freuen. Als Wahlsieger durfte sich zudem auch Geert Wilders fühlen, da seine PVV in den zwei Gemeinden, in denen sie aus personellen und taktischen Gründen angetreten war, hohe Stimmenanteile verbuchen konnte: In Den Haag wurde sie mit einem Ergebnis von 16,8 Prozent zweitstärkste und in Almere, wo sie 21,6 Prozent der Stimmen erhielt, sogar stärkste Kraft. Im Anschluss an diese Wahl begannen die Vorbereitungen für die Parlamentswahl, deren Termin auf den 9. Juni festgelegt wurde.

Allgemein ist festzuhalten, dass ökonomischen Themen selbstverständlich bei jeder Wahl in den Niederlanden eine hohe Bedeutung zukommt – den Wahlkampf des Jahres 2010 dominierten sie jedoch in besonderer Weise. Hintergrund hierfür waren vor allem die Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die niederländische Wirtschaft, den niederländischen Arbeitsmarkt und den niederländischen Staatshaushalt. Um die Dramatik der Situation zu dokumentieren, soll hier darauf hingewiesen werden, dass die konjunkturelle Entwicklung ab Mitte des Jahres 2008 in nahezu erschreckender Weise einbrach (–3,5 Prozent im Jahr 2009), dass sich die Zahl der Arbeitslosen innerhalb kurzer Zeit massiv erhöhte (Arbeitslosenquote 2008: 3,8 Prozent, 2010: 5,4 Prozent) und dass sich auch im Staatshaushalt, der zuvor über Jahre relativ ausgeglichen war, innerhalb kurzer Zeit ein großes Defizit auftrat (–5,6 Prozent im Jahr 2009). Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es nicht verwunderlich, dass sich die politischen Diskussionen stark auf diese Themenbereiche konzentrierten. Auch die beginnende Euro-Krise trug zur Dominanz wirtschaftlicher Fragestellungen in der Politik bei, zudem wurde durch sie die Bedeutung stabiler Staatsfinanzen nochmals unterstrichen.

Für den Wahlkampf bedeutete dies, dass die von den Parteien diskutierte Frage nicht lautete, ob, sondern an welcher Stelle und in welchem Umfang in den nächsten Jahren gekürzt werden kann – alle Gruppierungen sahen in ihren Wahlprogrammen Einsparungen in Milliardenhöhe vor.⁶ Die Schwerpunkte wurden hierbei natürlich unterschiedlich gesetzt: Diskutiert wurde unter anderem über Einschnitte in das Sozialsystem, den Abbau steuerlicher Vergünstigungen, Kürzungen im Verteidigungshaushalt, Bürokratieabbau, vermeintlich zu hohe Aufwendungen für die EU und Einsparmöglichkeiten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Auch über die Höhe der geplanten Einsparungen setzte man sich im Wahlkampf kontrovers auseinander. Insbesondere die VVD und der CDA formulierten in dieser Hinsicht besonders weitreichende Forderungen, während die SP, *GroenLinks* (GL) und die PvdA deutlich niedrigere Zielwerte festlegten. Durch die Dominanz

6 Die entsprechenden Pläne der großen Parteien wurden vor der Wahl – wie in den Niederlanden mittlerweile üblich – durchgerechnet und auf ihre ökonomischen und ökologischen Effekte hin überprüft. Vgl. hierzu: CPB/PBL, *Keuzes in kaart 2011–2015. Effecten van negen verkiezingsprogramma's op economie en milieu*, Den Haag 2010. Die kompletten Wahlprogramme aller wichtigen niederländischen Parteien zur Wahl 2010 sind zu finden in: O.V., *Het grote partijprogramma boek. Alle originele en complete programma's op een rij*, Amsterdam 2010.

wirtschaftlicher und finanzieller Themen, traten andere Fragestellungen – wie zum Beispiel Immigrations- und Integrationsfragen, Fragen der inneren Sicherheit oder des Umweltschutzes –, denen bei vorherigen Wahlen ein zum Teil wichtiger Stellenwert zukam, im Jahr 2010 in den Hintergrund. Dieser Umstand wirkte sich zunächst auf die Inhalte der Wahlkampfdebatten und schließlich auch auf das Wahlergebnis vom 9. Juni aus.

Bei den Personen, die den Wahlkampf prägten, handelte es sich zum Teil um bewährte Kräfte, die für ihre Parteien bereits zuvor als Spitzenkandidaten fungiert hatten. Zu nennen sind hier vor allem Jan Peter Balkenende vom CDA, Mark Rutte von der VVD, Geert Wilders von der PVV, Femke Halsema von *GroenLinks* und Alexander Pechtold von der D66. Bei anderen Parteien vollzog sich in den Monaten vor der Wahl ein Wechsel an der Spitze. Emile Roemer übernahm die Spitzenkandidatur der SP im März 2010 von Agnes Kant, die nach der enttäuschend verlaufenen Kommunalwahl zurückgetreten war. Noch wesentlich mehr Aufmerksamkeit erhielt der neue Spitzenkandidat der PvdA, Job Cohen, der im April 2010 die Spitzenkandidatur von Wouter Bos übernahm, nachdem dieser aus familiären Gründen die Leitung der Partei aufgegeben hatte. Cohen hatte zuvor in seiner Zeit als Bürgermeister von Amsterdam (2001–2010), in der er sich – unter anderem nach dem Mord an Theo van Gogh im November 2004 – stets um den sozialen Frieden bemühte, eine hohe Wertschätzung in der Bevölkerung erlangt, sodass dieser Wechsel als gelungener Coup der PvdA bewertet wurde.⁷ Der stets auf die Verständigung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen bedachte Cohen wurde dabei vor allem als idealer Gegenkandidat für den polarisierenden Wilders bewertet.

Das persönliche Renommee Cohens trug dann auch entscheidend dazu bei, dass sich die Umfragewerte der PvdA, die lange auf einem niedrigen Niveau lagen, in den Monaten vor der Wahl verbesserten. Noch größere Zugewinne erlebte im Verlauf des Wahlkampfes die VVD, die bei der Europawahl im Jahr 2009 noch eines der schlechtesten Ergebnisse der letzten Jahrzehnte hatte hinnehmen müssen (11,4 Prozent). In den Wochen vor der Wahl entwickelte sich die Partei dann innerhalb kurzer Zeit zur stärksten politischen Kraft. Eine gegenläufige Entwicklung zeigte sich beim CDA, der über Jahre und sogar noch Anfang 2010 aus den Umfragen stets als größte Partei hervorgegangen war. Im Zuge des Wahlkampfes

7 Der durch seine Arbeiten und Äußerungen bekannte und immer wieder polarisierende Filmemacher Theo van Gogh war am 2. November 2004 auf den Straßen Amsterdams von einem islamistischen Fundamentalisten marokkanischer Herkunft erstochen worden. Hintergrund der Tat war vor allem die Beteiligung van Goghs am Kurzfilm *Submission*, in dem die Unterdrückung muslimischer Frauen durch drastische Bilder und Texte thematisiert wird. Die Ermordung van Goghs hatte für das gesellschaftliche Klima in den Niederlanden erhebliche Auswirkungen. Zum einen rückten die nach dem 11. September 2001 häufig erörterten Fragen der inneren Sicherheit noch weiter in den Vordergrund. Zum anderen erhielten auch die Themen Migration und Integration, die ebenfalls bereits in den Jahren zuvor breit diskutiert worden waren, zusätzliche Aufmerksamkeit.

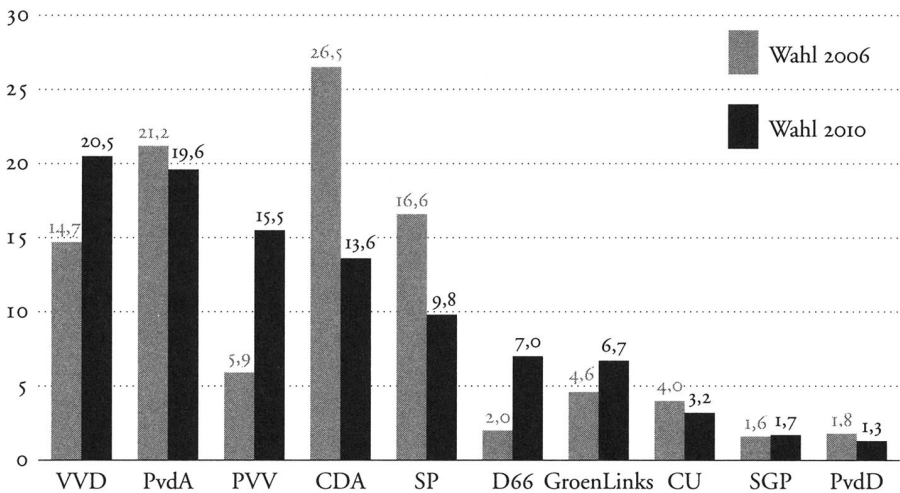
verlor er dann jedoch immer mehr an Boden. Die PVV konnte sich nach der Wahl 2006 als wichtige politische Kraft etablieren. Sie erzielte ab Anfang 2009 sehr gute Umfrageergebnisse, die sich allerdings im Frühjahr 2010, vor allem wegen der hohen Bedeutung ökonomischer Fragen, leicht verschlechterten. Die SP, die nach ihrem großen Erfolg bei der Wahl 2006 immer mehr an Zustimmung verloren hatte, konnte diesen Trend hingegen vor der Wahl stoppen. Gegenläufig verlief die Entwicklung wiederum bei der D66: Nach der historischen Niederlage des Jahres 2006 erholte die Partei sich sukzessive, sie büßte im Wahlkampf dann jedoch wieder an Zustimmung ein. Obwohl sich bei den weiteren im Parlament vertretenen Parteien – *GroenLinks*, CU, *Staatkundig Gereformeerde Partij* (SGP), *Partij voor de Dieren* (PvdD) – weniger große Veränderungen zeigten, ergibt sich in Anbetracht dieser Schwankungen insgesamt ein sehr wechselhaftes Meinungsbild, das vor allem in den Monaten vor der Wahl am 9. Juni nochmals kräftig durcheinandergewirbelt wurde.

Das Wahlergebnis vom 9. Juni 2010

Bei den Parlamentswahlen vom 9. Juni 2010 warben insgesamt 18 Parteien um die Stimmen der Bürger. Bei einer vergleichsweise niedrigen Wahlbeteiligung von 75 Prozent erhielten zehn Gruppierungen genügend Stimmen für den Einzug in die Zweite Kammer – es handelte sich um dieselben zehn Gruppierungen, die bereits in der vorherigen Legislaturperiode im Parlament vertreten waren.⁸ Die von der ehemaligen Ministerin Rita Verdonk gegründete Partei *Trots op Nederland* (TON), die in den Jahren 2007 und 2008 für einige Zeit sehr gute Umfrageergebnisse erhalten hatte, verfehlte ein Mandat mit einem Stimmenanteil von 0,6 Prozent äußerst knapp. Der Grund für dieses Scheitern lag – neben der bestehenden Parteienkonkurrenz – in vor allem ab Mitte des Jahres 2008 auftretenden internen Problemen, die das Renommee Verdonks erschütterten und dazu führten, dass sie mit ihrer Gruppierung bereits im Wahlkampf kaum mehr Beachtung fand. In der nachfolgenden Abbildung werden die Stimmenanteile der Parteien dargestellt, denen der Einzug in das Parlament gelang. Um einen Vergleich zu ermöglichen, werden zudem die Wahlergebnisse der Jahres 2006 angeführt. Der Darstellung ist zu entnehmen, dass die VVD mit einem Stimmenanteil von 20,5 Prozent größte Partei wurde. Mit der PvdA, der PVV, dem CDA, der SP, der D66 und *GroenLinks* haben sechs weitere Parteien einen Stimmenanteil von mehr als sechs Prozent erhalten, was insgesamt zu einem sehr komplexen Bild beiträgt.

8 Nähere Informationen zum Wahlergebnis finden sich beispielsweise in: KIESRAAD, *Uitslag van de verkiezing van de leden van de Tweede Kamer van 9 juni 2010. Deel 2: Statistische gegevens*, Den Haag 2010.

Abbildung 1: Ergebnisse der Parlamentswahlen 2006 und 2010 (in Prozent)



Quelle: CBS; Eigene Darstellung

Die VVD ging – obwohl das Ergebnis des Jahres 2010 nicht das beste in der Parteigeschichte war – als große Siegerin aus der Wahl hervor.⁹ In Anbetracht der Tatsache, dass die Partei sich zuvor nach Einschätzung vieler Kommentatoren über Jahre in der Krise befunden hatte, ist dieses Ergebnis als überraschend zu bewerten.¹⁰ Der wichtigste Grund für den Wahlsieg der VVD ist sicher darin zu finden, dass der Wahlkampf sich sehr stark auf Themen fokussierte, bei denen dieser Partei traditionell Kompetenzen zugeschrieben werden. Vor der Wahl 2010 plädierte die VVD dafür, auf die ökonomischen Probleme mit weitreichenden Einsparungen zu reagieren. Diese Konzeption sorgte für ein klares inhaltliches Profil der Partei, welches nicht nur in Expertenkreisen, sondern auch in der Bevölkerung große Zustimmung fand. Im Wahlkampf konnte sich zudem der Spitzenkandidat Mark Rutte mit seinen rhetorischen Fähigkeiten profilieren, was seiner Partei, die insgesamt einen erfolgreichen Wahlkampf führte, zugutekam. In Umfragen zur Frage, wen sich die Niederländer als zukünftigen Ministerpräsidenten wünschen, hatte Cohen zwar zunächst klar die Nase vorn – im Lauf des Wahlkampfes wurde er jedoch von Mark Rutte ein- und in manchen Umfragen sogar überholt. Diese Entwicklung ist vor allem deshalb erstaunlich, weil Rutte lange Zeit sogar

9 Die VVD hatte bei den Wahlen im Jahr 1982 (23,1 Prozent) und 1998 (24,7 Prozent) jeweils höhere Stimmenanteile erzielt als bei der letzten Wahl.

10 Die Krise der VVD begann nach Einschätzung verschiedener Kommentatoren vor der Parlamentswahl des Jahres 2002 und setzte sich in Anbetracht programmatischer Probleme und interner Querelen bis 2010 fort. Vgl. hierzu unter anderem: A. SCHULTE/B. SOETENHORST, *Daadkracht & Duidelijkheid. 5 jaar crisis in de VVD*, Amsterdam 2007; B. DE VRIES, *Haagse tafereelen. De VVD 2003–2006*, Amsterdam 2006.

in seiner eigenen Partei überaus umstritten war.¹¹ Im Jahr 2010 konnte er dann jedoch enorm an Renommee gewinnen – vor diesem Hintergrund wurde er von Pressevertretern dann auch zum Politiker des Jahres gewählt.

Ebenso wie die VVD hatte auch die PvdA über Jahre mit großen Problemen zu kämpfen, die sich auf das Ansehen der Partei in der Bevölkerung auswirkten. Erst durch das Ende der mühsamen Regierungszusammenarbeit und durch den Wechsel des Spitzenkandidaten gewann die PvdA einige Sympathien zurück. Die Hoffnungen der Sozialdemokraten, bei soziokulturellen Themen als starker Gegenspieler der PVV und bei sozioökonomischen Fragestellungen als Konterpart zur VVD auftreten zu können, gingen im Wahlkampf allerdings nur bedingt auf. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass die Wahlkampagne nicht ideal verlief – Cohen machte in mehreren Diskussionen Fehler und das Programm der PvdA überzeugte viele Bürger nicht.¹² Im Ergebnis entschieden sich nur 19,6 Prozent der Wähler für die sozialdemokratische Partei, die hiermit zwar einerseits erneut zweitstärkste Kraft wurde – es ist aber andererseits zu bedenken, dass es sich zugleich um das zweitschlechteste Resultat in der Geschichte der niederländischen Sozialdemokratie handelt.¹³

Geert Wilders war einige Jahre als Fraktionsmitarbeiter und Parlamentarier für die VVD aktiv, bevor er diese Partei im Jahr 2004 aus programmatischen Gründen verließ und seine eigene Gruppierung, die PVV, gründete. Sowohl bei seinen Aktivitäten gegen den Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005, bei der Parlamentswahl 2006, bei der Europawahl des Jahres 2009 sowie bei den Kommunalwahlen im Jahr 2010 erzielte er mit seiner Partei große Erfolge. Den Höhepunkt in der bisherigen Geschichte der Partei stellt allerdings zweifelsohne die Parlamentswahl des Jahres 2010 dar, bei der 15,5 Prozent der Stimmen auf die PVV entfielen. Trotz des Umstandes, dass es im Wahlkampf vor allem um Themen ging, die nicht zu den Kernbereichen der PVV gehören, und trotz verschiedener

11 Bereits Ruttes Wahl zum politischen Leiter der VVD im Jahr 2006 war äußerst umkämpft gewesen. Obwohl er sich in der parteiinternen Abstimmung knapp gegen seine Konkurrentin, die damalige Ministerin Rita Verdonk durchsetzen konnte, blieb seine Position in der VVD lange gefährdet. Ein Grund hierfür lag darin, dass Verdonk bei der Wahl im November 2006, bei der sie den zweiten Listenplatz besetzt hatte, mehr sogenannte Präferenzstimmen erhielt als der Spitzenkandidat Rutte – ein in der niederländischen Geschichte einmaliger Vorgang. Im in der Folgezeit eskalierenden Machtkampf behielt Rutte die Oberhand. Nachdem Verdonk die VVD verlassen und mit TON ihre eigene Gruppierung gegründet hatte, konnte er seine Position in der eigenen Partei festigen. Neben diesen internen Problemen hatte Rutte als Spitzenkandidat zunächst auch erhebliche Schwierigkeiten mit der öffentlichen Wahrnehmung seiner Person. Anschaulich hierzu: BECKER/CUPERUS (wie Anm. 1), S. 94.

12 Becker und Cuperus schreiben hierzu: »Cohen had trouble responding to the aggressive anti-PvdA campaign; and the campaign organisation was not up to the job for his type of leadership and failed to profit from his strengths.« F. BECKER/R. CUPERUS, *Social Democracy in the Netherlands. Three Future Options*, März 2011, online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/tpa/07953.pdf>, eingesehen am 11. April 2011. S. 12.

13 Lediglich bei der Wahl im Jahre 2002, als die Partei nur 15,1 Prozent der Stimmen erhielt, mussten die Sozialdemokraten ein noch schlechteres Resultat hinnehmen.

parteiinterner Probleme, erzielte die PVV hiermit ein überraschend starkes Ergebnis, das im In- und Ausland viel Beachtung fand. Die Frage, warum derart viele Niederländer Wilders unterstützen, wird mittlerweile in vielen Publikationen erörtert.¹⁴ Wichtige Bedeutung kommt vor allem den Inhalten der PVV zu, mit denen es der Partei gelingt, in der Bevölkerung vorhandene Ängste, Unsicherheiten und Vorbehalte beispielsweise – aber keineswegs ausschließlich – bei Migrations- und Integrationsfragen zu nutzen. Der PVV gelingt es zudem, politische Unzufriedenheiten und Enttäuschungen aufzugreifen und die Lücke im Parteiensystem, die durch die Konzentration der Mitkonkurrenten auf die politische Mitte entsteht, zu besetzen. Weiterhin schafft es Wilders durch seine »klare Sprache« und sein Auftreten seit Jahren immer wieder, die Inhalte der politischen Diskussionen zu prägen und den Fokus der politischen Berichterstattung auf sich und seine Ziele zu richten.

Die größte Niederlage musste am 9. Juni der christdemokratische CDA hinnehmen. Der Partei, die aus den Parlamentswahlen seit 2002 stets als stärkste Kraft hervorgegangen war, gelang es diesmal nicht, mit den eigenen Inhalten und Personen zu überzeugen. Gründe hierfür waren vor allem, dass der CDA nach den schwierigen Regierungsjahren und den verschiedenen Koalitionswechseln von vielen Bürgern als »verbraucht« wahrgenommen wurde und es ihm vor allem im Wahlkampf nicht gelang, überzeugende Antworten auf die drängenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragen zu geben. Zudem wurde der Vorwurf laut, dass es dem Wahlprogramm an christdemokratischer Prägung mangle. Auch der Umstand, dass Balkenende die Partei, obwohl die öffentliche Stimmung dies nicht unbedingt nahegelegt hatte, erneut als Spitzenkandidat anführte, wurde kritisiert.¹⁵ Im Ergebnis musste der CDA große Verluste verbuchen: Nur noch 13,6 Prozent der Wähler stimmten für ihn – ein Ergebnis das noch deutlich hinter dem bisherigen Minusrekord von 1998 (18,4 Prozent) zurückließ. Noch am Wahlabend übernahm Balkenende die politische Verantwortung für die historische Niederlage und trat von seinen Ämtern zurück.¹⁶

Hinsichtlich der weiteren Parteien sind zum einen die Verluste der SP bemerkenswert. Da sich diese bereits langfristig angedeutet hatten und sie zudem vor der Wahl eingedämmt werden konnten, herrschte bei der Partei am Wahlabend große Freude über den Stimmenanteil von 9,8 Prozent. Hintergrund hierfür war sicherlich auch, dass es sich trotz der Verluste um das zweitbeste Ergebnis in der Parteigeschichte handelte. Die D66, die im Umfeld der Wahl des Jahres 2006, bei

14 Verschiedene aktuelle Beiträge zu diesem Thema finden sich in: F. WIELENGA/F. HARTLEB (Hrsg.), *Populismus in der modernen Demokratie. Deutschland und die Niederlande im Vergleich*, Münster 2011.

15 In einer Umfrage, die zu Beginn des Wahlkampfes durchgeführt wurde, gaben beispielsweise nur 16 Prozent der Befragten an, dass sie sich Balkenende auch in Zukunft als Ministerpräsidenten wünschen.

16 Alexander van Kessel äußert in seinem Beitrag zu diesem Jahrbuch Einschätzungen zum Wirken Balkenendes als Ministerpräsident.

der die Partei nur zwei Prozent der Stimmen erhalten hatte, von einigen Kommentatoren bereits abgeschrieben worden war, feierte nach den Erfolgen bei der Europawahl und den Kommunalwahlen nun endgültig ihre – wenn man die Parteigeschichte betrachtet: erneute – Wiederauferstehung. *GroenLinks* erzielte gegenüber der letzten Parlamentswahl leichte Zugewinne. Die CU musste hingegen, nachdem sie von 2007 bis 2010 erstmals Regierungsverantwortung getragen hatte, leichte Verluste hinnehmen. Die SGP und PvdD erreichten im Jahr 2010 ähnliche Ergebnisse wie bei der letzten Parlamentswahl, wodurch beide Parteien in der neuen Legislaturperiode wiederum mit zwei Mandaten in der Zweiten Kammer vertreten sind.

Die Bildung des Kabinetts Rutte I

Unmittelbar nach der Wahl stellte sich die Frage, welche Koalition auf der Grundlage des komplizierten Wähler votums in der nächsten Legislaturperiode regieren sollte. Drei Alternativen standen in den Diskussionen im Vordergrund: eine Koalition der politischen Mitte aus VVD, PvdA und CDA (zusammen 82 von 150 Mandaten), eine Mitte-Rechts-Koalition aus VVD, CDA und PVV (zusammen 76 Mandate) und eine Koalition aus VVD, PvdA, D66 und GL (zusammen 81 Mandate). Bald stellte sich heraus, dass jede dieser drei Koalitionen problematisch war: Die PvdA lehnte eine Koalition mit der VVD und dem CDA ab, der CDA wollte nicht mit der PVV verhandeln und die VVD sah in Bezug auf eine Kooperation mit der PvdA, D66 und GL große inhaltliche Probleme. Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Lage erwiesen sich alle vor der Wahl angestellten Überlegungen, die in Anbetracht der kritischen wirtschaftlichen Situation auf eine schnelle Regierungsbildung abzielten, als hinfällig, und es vollzog sich eine der längsten Regierungsbildungen der niederländischen Nachkriegsgeschichte.

Im Prozess der niederländischen Regierungsbildung kommt der Königin, den von ihr benannten Verhandlungsführern (den sogenannten Informateuren) und den jeweiligen Parteispitzen eine zentrale Rolle zu. Nach der Wahl 2010 bestand ein erstes Ergebnis der geführten Unterredungen darin, dass die Fraktionsvorsitzenden der einzelnen Parteien in ihren Gesprächen mit der Königin der VVD als stärkster Partei und der PVV als Partei mit den größten Zugewinnen die Voreiterrollen zuwiesen. Entsprechend dieser Eingaben wurde zunächst versucht, eine Koalition unter Beteiligung dieser beiden Gruppierungen zu schließen. Die entsprechenden Bemühungen scheiterten jedoch, da sich der CDA, der als Koalitionspartner in einer möglichen Mitte-Rechts-Koalition fungieren sollte, weigerte, an Gesprächen zwischen den drei Parteien teilzunehmen. Im Anschluss wurden folglich Möglichkeiten zur Bildung eines anderen Bündnisses ausgelotet. Lange verhandelte man über eine mögliche Regierung aus VVD, PvdA, D66 und GL – im Rahmen der diesbezüglichen Gespräche stellte sich aber letztlich heraus, dass

die Unterschiede insbesondere zwischen VVD und PvdA in Bezug auf den Bereich der Finanzpolitik zu groß waren.

In dieser verfahrenen Situation kündigte der neue Informatieur, der ehemalige Ministerpräsident Ruud Lubbers, an, erneut alle möglichen Koalitionsoptionen prüfen zu wollen. Im Rahmen dieses Neuanfangs fanden zunächst informelle Gespräche zwischen VVD, CDA und PVV statt, deren Ergebnis darin bestand, dass über ein Minderheitskabinett aus VVD und CDA mit Duldung der PVV verhandelt werden sollte. Eine »normale« Koalition mit der PVV lehnte vor allem der CDA wegen fundamentaler inhaltlicher Unterschiede, insbesondere in Bezug auf die Haltung zum Islam, weiter ab. Die Zeit der voranschreitenden Koalitionsverhandlungen war in den folgenden Wochen geprägt durch eine Vielzahl kritischer Kommentare, in denen die Bildung einer derartigen Regierung abgelehnt wurde. Auch viele Vertreter des CDA warnten ihre Partei vor der Zusammenarbeit mit der PVV oder kündigten sogar an, diesen Weg nicht mitgehen zu wollen. Anfang September schien es dann kurzzeitig so, als ob die Verhandlungen gescheitert seien, da Wilders erklärte, kein Vertrauen in die Zusammenarbeit mit dem CDA zu haben. Einige Tage später konnten die Verhandlungen dann jedoch fortgesetzt werden. Ein wichtiger Hintergrund dieser überraschenden Wendung lag darin, dass der ehemalige Gesundheitsminister Ab Klink vom CDA, der die Verhandlungen mit der PVV heftig kritisiert und einen Kurswechsel seiner Partei verlangt hatte, seinen Parlamentssitz aufgab. Die Arbeiten an einer Regierungsvereinbarung zwischen VVD und CDA und einer Duldungsvereinbarung mit der PVV konnten letztlich am 28. September abgeschlossen werden. Nachdem die VVD und die PVV diese Dokumente angenommen hatten, entschloss sich nach langen Diskussionen auch der CDA dazu, in der Koalition mitzuwirken.¹⁷ Da auch die in Anbetracht der knappen Mehrheit notwendige Unterstützung aller Fraktionsmitglieder vorhanden war, konnte ab Anfang Oktober über die Verteilung der Posten geredet werden. Die Leitung in den Gesprächen übernahm der designierte neue Ministerpräsident Mark Rutte. Bereits eine Woche später stand die Zusammenstellung der neuen Regierung fest und die neuen Kabinettsmitglieder wurden von der Königin vereidigt. Ende Oktober stellte die neue Regierung ihre Pläne für die nächsten Jahre in der Zweiten Kammer vor.¹⁸

17 Auf dem Parteitag des CDA stimmten 68 Prozent der Abgeordneten für und 32 Prozent der Abgeordneten gegen diesen Schritt. Verschiedene prominente Vertreter der Partei hatten sich im Umfeld der Entscheidung öffentlichkeitswirksam gegen die Regierungszusammenarbeit mit der PVV ausgesprochen.

18 Der Text der vom neuen Ministerpräsidenten Rutte am 26. Oktober 2010 vorgetragenen Regierungserklärung ist im Internet abrufbar unter: <http://www.rijksoverheid.nl/documenten-en-publicaties/kamerstukken/2010/10/26/regeringsverklaring-minister-president-rutte.html>.

Das Kabinett Rutte I

Die Regierungsbildung des Jahres 2010 dauerte insgesamt über vier Monate (127 Tage). Sie geht damit als die drittlängste nach 1977 (208 Tage, Kabinett Van Agt I) und 1973 (163 Tage, Kabinett Den Uyl) in die politische Geschichte der Niederlande ein. Der Verlauf der Gespräche hat sehr deutlich gezeigt, wie schwierig es ist, in Anbetracht der komplexen Parteienlandschaft eine Regierungskoalition zu finden. Ob das Ergebnis der Unterredungen – eine Minderheitsregierung unter Duldung der polarisierenden PVV – von Dauer sein wird, erschien vielen Kommentatoren von Beginn an zweifelhaft. Gründe für die bis heute vorhandene Skepsis sind vor allem die knappen Mehrheitsverhältnisse in der Zweiten Kammer, die problematische Situation in der Ersten Kammer, die parteiinternen Diskussionen im CDA und ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der PVV als Regierungspartei.¹⁹ Neben diesen Aspekten wurde und wird die Bildung eines Minderheitskabinetts unter anderem vor dem Hintergrund der großen politischen Aufgaben, die derzeit zu bewältigen sind, zum Teil grundsätzlich kritisch gesehen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung des seit Herbst 2010 amtierenden Kabinetts Rutte I fällt erstens auf, dass es sich aus lediglich zwölf Ministern und acht Staatssekretären zusammensetzt – zum Vergleich: In der zuvor amtierenden Regierung (Kabinett Balkenende IV, 2007–2010) waren 16 Minister und elf Staatssekretäre aktiv gewesen. Durch die Zusammenlegung verschiedener Politikbereiche versucht die neue Regierung ihrem Bestreben Ausdruck verleihen, den Staat zu verschlanken. Zweitens ist auch die Verteilung der Kabinettsposten zwischen VVD und CDA interessant: Beide Parteien stellen sechs Minister und vier Staatssekretäre. In Anbetracht der Tatsache, dass die VVD wesentlich stärker aus der Wahl hervorgegangen war als der CDA, kann diese Gleichverteilung als Ausdruck des Bemühens der VVD bewertet werden, den CDA durch weitreichende Zugeständnisse für eine Koalition zu gewinnen. Der nachfolgenden Tabelle ist die Zusammensetzung des Kabinetts zu entnehmen.

Zur zentralen Aufgabe hat das Kabinett Rutte I, dessen Motto »Freiheit und Verantwortung« lautet, von Beginn an die Sanierung der Staatsfinanzen sowie die ökonomische Gesundung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise erklärt. Bereits in den ersten Monaten wurden zur Erreichung der hochgesteckten Einsparziele in vielen Bereichen einschneidende Kürzungen beschlossen, was – beispielsweise im Bildungs- und Kulturbereich – zu massiven Protesten geführt hat.²⁰ Die Regierung strebt zudem an, die Zuwanderung strenger zu regulieren, die Integration der im

19 Die drei an der Regierung beteiligten Parteien besaßen nach der Koalitionsbildung nicht über die Mehrheit der Mandate in der Ersten Kammer. Da diese ihre Zustimmung zu allen Gesetzesvorhaben geben muss, wurde heftig darüber gestritten, inwiefern vor diesem Hintergrund ein erfolgreiches Regierungshandeln überhaupt möglich ist.

20 Vgl. zu den Kürzungen im Bildungsbereich den Beitrag von Roland Richter in diesem Jahrbuch. Eindrücke von den Protesten gegen Einsparungen im Kultursektor sind im Internet unter <http://www.nederlandschreewetomcultuur.nl> zu finden.

Tabelle 1: Die Zusammensetzung des Kabinetts Rutte I

<i>Ministerium für/des</i>	<i>Minister/-in</i>	<i>Staatssekretär/-in</i>
Allgemeine Angelegenheiten	Mark Rutte (VVD)	–
Auswärtige Angelegenheiten	Uri Rosenthal (VVD)	Ben Knapen (CDA)
Sicherheit und Justiz	Ivo Opstelten (VVD)	Fred Teeven (VVD)
Inneren	Piet Hein Donner (CDA)	–
Immigration und Asyl	Gerd Leers (CDA)	–
Bildung, Kultur und Wissenschaft	Marja van Bijsterveldt-Vliegthart (CDA)	Halbe Zijlstra (VVD)
Finanzen	Jan Kees de Jager (CDA)	Frans Weekers (VVD)
Verteidigung	Hans Hillen (CDA)	–
Infrastruktur und Umwelt	Melanie Schultz van Haegen-Maas Geesteranus (VVD)	Joop Atsma (CDA)
Wirtschaft, Landwirtschaft und Innovation	Maxime Verhagen (CDA)	Henk Bleker (CDA)
Arbeit und Soziales	Henk Kamp (VVD)	Paul de Kroom (VVD)
Gesundheit, Gemeinwohl und Sport	Edith Schippers (VVD)	Marlies Veldhuijzen van Zanten-Hyllner (CDA)

Quelle: Eigene Darstellung

Land lebenden Zuwanderer zu verbessern, die Sicherheit im Land zu erhöhen und den Staat effizienter zu gestalten.²¹ Im internationalen Rahmen beschäftigte sich das Kabinett in der ersten Zeit vor allem mit der Euro-Krise, deren Gefahren selbstverständlich auch in den Niederlanden mit großer Besorgnis beobachtet werden. Zudem entschied man sich dazu, durch eine Trainingsmission das niederländische Engagement in Afghanistan fortzusetzen und den internationalen Militäreinsatz gegen das Gaddafi-Regime in Libyen zu unterstützen.

Trotz der Bedenken, die den ungewöhnlichen Zusammenschluss von Beginn an begleiteten, hat sich die Kooperation der Koalitionspartner mit Duldung der PVV bisher als recht stabil erwiesen. Dies bedeutet übrigens nicht, dass jede der bisher getroffenen Entscheidungen von der PVV unterstützt wurde. Die PVV übte vor allem massive Kritik an den Bemühungen zur Stabilisierung des Euro. Auch der erneute Einsatz in Afghanistan wurde von der PVV abgelehnt, da diese Partei die Auffassung vertritt, dass die Niederlande bereits genug zur Stabilisierung des Landes getan hätten. Die Minderheitsregierung blieb bei diesen Themen handlungsfähig, weil sie die erforderliche Unterstützung bei Oppositionsparteien

²¹ Maßnahmen zur Erreichung dieser Zielsetzungen stellt die Regierung unter <http://www.rijksoverheid.nl/regering> vor.

fand. Vor dem Hintergrund der vorhandenen inhaltlichen Differenzen kam es zu verschiedenen Anlässen bereits zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Wilders und Vertretern der Minderheitsregierung. Bisher haben diese die Stabilität des Kabinetts allerdings nicht grundlegend gefährdet. Inwiefern sich dies in naher Zukunft ändern wird, ist noch nicht abzusehen – der Umstand, dass in Anbetracht der negativen Wirtschaftsaussichten noch weitere Einsparungen vorbereitet werden, lässt jedoch vermuten, dass die Kooperation der an der Regierung beteiligten Gruppierungen auch in nächster Zeit schweren Zerreißproben ausgesetzt sein wird.

In den Umfragen hat sich die VVD seit Antritt der Regierung als stärkste politische Kraft etabliert. Dieser Umstand erklärt sich auch dadurch, dass sich die PvdA als größte Oppositionspartei weiterhin in großen Schwierigkeiten befindet und sich die Krise des CDA nach der Wahl des Jahres 2010 sogar noch weiter verschärft hat. Besonders deutlich wurde dies bei den Wahlen zu den Provinzparlamenten, die im März 2011 stattfanden und bei denen der CDA nur 14,2 Prozent der Stimmen erhielt. Dieses schlechte Abschneiden hat, da die Mitglieder der Ersten Kammer von den Mitgliedern der Provinzparlamente gewählt werden, auch Auswirkungen auf die nationale Politik: Der Erfolg der PVV, die erstmals zu diesen Wahlen antrat und 12,4 Prozent der Stimmen erhielt, und die leichten Zugewinne der VVD konnten nicht verhindern, dass die drei an der Regierung beteiligten Parteien bei den Wahlen zur Ersten Kammer nur 37 der 75 Mandate erlangten und hier somit weiterhin auf die Unterstützung aus Oppositionskreisen angewiesen sind.²²

Schlussbetrachtung: Zur kontinuierlichen Diskontinuität der niederländischen Politik

Die politische Geschichte der Niederlande war im Vergleich zu der anderer europäischer Staaten über Jahrzehnte durch ein hohes Maß an Kontinuität gekennzeichnet. Auf der Grundlage stabiler demokratischer Strukturen und befördert durch die feste Zuordnung großer Bevölkerungsteile zu wenigen bedeutenden Parteien konnten Konflikte in der Regel pragmatisch eingedämmt und große politische Umbrüche vermieden werden. Dieses Bild der Ruhe und Kontinuität hat sich in spätestens durch die Entwicklungen der letzten Jahre grundlegend gewandelt. Die seit Beginn der 1960er Jahre zu beobachtende Auflösung der traditionellen Milieus (in den Niederlanden Säulen genannt) hat sukzessive zur Herausbildung einer äußerst pluralen und komplexen Gesellschaftsstruktur geführt, die durch ein hohes Maß an Individualisierung gekennzeichnet ist. Die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Jahrzehnte bilden eine zentrale Erklärung dafür, dass sich

22 In Anbetracht der knappen Machtverhältnisse kommt der orthodox-protestantischen SGP, die nach der Wahl 2011 über ein Mandat in der Ersten Kammer verfügt, eine besondere Bedeutung zu, da diese den Kurs der Regierung in vielen Bereichen unterstützt.

feste Parteibindungen aufgelöst haben und an ihre Stelle Unberechenbarkeit getreten ist. Diese Unberechenbarkeit prägt das Bild der niederländischen Politik in den letzten Jahren im entscheidenden Maße. Sie kann darauf zurückgeführt werden, dass durch die Auflösung der Parteibindungen in Verbindung mit einer im Vergleich zu Deutschland offeneren politischen Kultur immer mehr sogenannte »schwebende« Wähler das politische Geschehen prägen. Diese Wähler – die selbstverständlich nicht völlig frei schweben, sondern in der Regel mehreren, programmatisch verwandten politischen Gruppierungen zugeneigt sind – müssen von den Parteien von Wahl zu Wahl neu überzeugt werden. Das Wahlverhalten eines großen Teils der Bevölkerung ist somit volatil: Die Bürger entscheiden dabei nicht nur zwischen unterschiedlichen Parteien, sondern auch zwischen Wahl und Nichtwahl.²³ Die Wechselwähler richten eine Vielzahl unterschiedlicher Erwartungen an die Parteien, die jeweiligen Prioritäten werden dabei individuell gesetzt. Auch für die traditionell großen Parteien ergibt sich die Schwierigkeit, in Anbetracht dieser Komplexität eine weitreichende Integrationskraft zu entfalten. Dieser Punkt erklärt auch, warum hohe Wahlergebnisse einer Partei, wie man sie aus der Vergangenheit kennt, derzeit und perspektivisch immer schwieriger realisierbar erscheinen.²⁴

In verschiedenen Untersuchungen werden die soeben angeführten Entwicklungen auf überzeugende Weise dokumentiert. Sie zeigen deutlich, dass das Wahlverhalten der niederländischen Bürger im Lauf der Zeit immer unberechenbarer wurde und heute auch im internationalen Vergleich sehr volatil ist. Auf besonders anschauliche Weise nachgewiesen wird dieser Umstand durch Berechnungen von Peter Mair, der Wahlergebnisse in verschiedenen europäischen Ländern analysiert und dabei zu dem Ergebnis gelangt, dass die Volatilität in den Niederlanden bei den letzten Wahlen sowohl in historischer als auch in komparativer Perspektive sehr groß war. In einem Überblick über die letzten Jahrzehnte hält er fest, dass die niederländische Politik lange Zeit durch ein hohes Maß an Stabilität geprägt war: »From 1994 onwards, however, the picture has changed completely. Volatility levels are now the highest in western Europe, with the most unstable elections, those of 1994, 2002 and 2006, breaking all sorts of historical records. Simply put: there is no other political system in Europe in which such high levels of instability have

23 Um die Bedeutung der Nichtwahl zu dokumentieren, sei hier darauf hingewiesen, dass bei der Wahl 2010 über drei Millionen Wahlberechtigte nicht gewählt haben – zum Vergleich: die VVD erhielt als stärkste Partei bei dieser Wahl rund 1,9 Millionen Stimmen.

24 Diese Prognose wird auch durch den Umstand gestützt, dass das Ausmaß der Parteibindungen in den Niederlanden auch vom Alter der Wähler abhängig ist: Vor allem jüngere Menschen weisen keine festen Parteibindungen mehr auf und entscheiden somit zu jeder Wahl neu, für welche Partei bzw. ob sie stimmen wollen. Irwin und van Holsteyn halten es unter anderem vor diesem Hintergrund für eine risikolose Vorhersage, »that volatility in the Dutch electorate will continue and probably even increase.« G.A. IRWIN/J.M. VAN HOLSTEYN, *Scientific Progress, Educated Guess or Speculation? On Some Old Predictions with Respect to Electoral Behaviour in the Netherlands*, in: *Acta Politica* 43 (2008), S. 196.

been recorded in the context of what are otherwise 'normal' social and political circumstances.«²⁵

Die im Rahmen dieses Beitrags betrachtete Wahl vom 9. Juni 2010 bestätigt die Volatilität des Wahlverhaltens in den Niederlanden erneut, und zwar auf eindrucksvolle Weise. Der Demoskop Maurice de Hond hält in einer Nachbetrachtung zur Wahl sogar fest, dass das Wahlergebnis zeige, dass die niederländische Politik vollständig aus dem Lot geraten sei. Nach seinen Berechnungen hat knapp die Hälfte der Wähler 2010 eine andere Partei gewählt als bei der letzten Wahl im Jahr 2006. Noch bemerkenswerter ist für ihn jedoch die Tatsache, dass in den Monaten vor der Wahl über ein Drittel der Bürger seine Wahlpräferenz geändert hat. In Anbetracht dieser Zahlen gelangt de Hond zu der Einschätzung, dass das Wahlergebnis zu einer zufälligen Momentaufnahme reduziert sei und sich kurz nach dem Wahltermin wieder ganz anders darstellen könnte.²⁶ Vor diesem Hintergrund hängen Wahlerfolge von Wahl zu Wahl stark von kurzfristig wirkenden Faktoren ab: vor allem von der aktuellen Stimmung in der Bevölkerung, vom jeweiligen programmatischen Angebot der Partei, von der Beliebtheit der zur Wahl stehenden Kandidaten, sowie vom Erfolg der jeweiligen Wahlkampfführung.

Die Auflösung der Parteibindungen wirkt sich zum einen auf die etablierten Parteien aus – dies zeigen die stark schwankenden Wahlergebnisse der PvdA, CDA und VVD nach 1994 deutlich. Die wachsende Zahl an Wählern ohne feste Parteibindung erhöht gleichzeitig die Chancen für neue politische Gruppierungen, die aktuelle politische Stimmungen, vorhandene Probleme und politische Unzufriedenheiten bei den Bürgern für sich nutzen können. In den Niederlanden ist es vor diesem Hintergrund vor allem Pim Fortuyn mit seiner *Lijst Pim Fortuyn* (LPF) und Geert Wilders mit seiner *Partij voor de Vrijheid* (PVV) in den letzten Jahren gelungen, unentschlossene bzw. unzufriedene Wähler zu gewinnen und spektakuläre Wahlerfolge zu erringen. Auch die Erfolge der SP und der kurzzeitige Aufschwung Rita Verdonks können vor diesem Hintergrund gedeutet werden.

Am Ende dieses Beitrags sei hinsichtlich der Auflösung der Parteibindungen und der Volatilität der Wähler darauf hingewiesen, dass diese häufig als Krisenzeichen

25 P. MAIR, *Electoral Volatility and the Dutch Party System: A Comparative Perspective*, in: *Acta Politica* 43 (2008), S.249. Der Autor kommt im Rahmen seiner Berechnungen, in die er die Wahlen in Westeuropa im Zeitraum von 1950 bis 2006 einbezieht, unter anderem zu dem Ergebnis, dass drei der letzten Wahlen in den Niederlanden (1994, 2002 und 2006) zur »Top Ten« der Wahlen mit den größten Verschiebungen gehören. Dieser Umstand ist besonders bemerkenswert, da die meisten anderen Wahlen auf dieser Liste in Zeiten großer politischer Umbrüche stattgefunden haben. Zur Volatilität der niederländischen Wählerschaft siehe unter anderem auch: H. KEMAN/P. PENNING, *Oude en nieuwe conflictdimensies in de Nederlandse politiek na 1989: een vergelijkende analyse*, in: R. ANDEWEG/J. THOMASSEN (Hrsg.), *Democratie doorgelicht. Het functioneren van de Nederlandse democratie*, Leiden 2011, S. 256ff; R. ANDEWEG/J. THOMASSEN, *Van afspiegelen naar afrekenen. De toekomst van de Nederlandse democratie*, Leiden 2011, S. 47ff.

26 Vgl. M. DE HOND, *Volledig uit het lood*, online unter: <https://n7.noties.nl/peil.nl/>, eingesehen am 20. September 2010, S. 1.

bewerteten Erscheinungen auch positiv gedeutet werden können: Die Wahlscheidungen vieler Bürger beruht heutzutage nicht mehr auf der (unreflektierten) Zugehörigkeit zu einem gesellschaftlichen Milieu, sondern auf aktuellen politischen Präferenzen. Hierdurch sind die Parteien stärker gefordert, ihre Inhalte und Kandidaten überzeugend zu präsentieren. Dieser Wandel führt aber auch – wie die Wahl des Jahres 2010 eindrucksvoll gezeigt hat – zu einer »Stimmungsdemokratie« und zu einer zunehmenden Komplexität der Parteienlandschaft, die die Bildung einer stabilen Regierung zu einer überaus komplizierten Aufgabe macht.